

Aktuelle Post aus dem Kreistag (7)



4. April 2022

Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Am 4. April wurde in einer siebenstündigen Sitzung ein Doppelhaushalt für 2022/2023 beschlossen.

Eigentlich werden in einem Haushalt die Ziele der Kreispolitik beziffert. Doch viel Spielraum für die Gestaltung eigener Ziele gibt es nicht. Fast alle Haushaltsposten sind Pflichtaufgaben. Für freiwillige Aufgaben fehlt das Geld. Und den Kommunen geht es genauso.

Es verwundert deshalb nicht, dass die Höhe der Kreisumlage ein heiß diskutierter Punkt war.

Kreisumlage ist das Geld, das die Kommunen an den Kreis abführen müssen. Mit der Kreisumlage werden Gemeinschaftsaufgaben finanziert - zum Beispiel die Sozialausgaben.

Die unterfinanzierten Kommunen kämpfen um niedrige Umlagen -der Kreis um hohe.

Leider gerät dabei ganz aus dem Blickfeld, dass es viel sinnvoller wäre, gemeinsam für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zu kämpfen.

Wenn die Bundesregierung auf eine Vermögenssteuer verzichtet, dafür aber den Rüstungsetat auf 80 Milliarden Euro jährlich hochschraubt, kann sich die Finanzsituation der Kommunen nicht verbessern. Die Wetterauer Parteien verwalten daher nur den Mißstand. Leider können sie sich nicht durchringen, bei ihren Parteifreunden in Berlin und Wiesbaden für eine Änderung dieser Politik Druck zu machen.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Haushaltsdebatte im Kreistag:
Haushaltsrede der Fraktion DIE LINKE.
Sechs Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.
2. Gemeinsamer Antrag von Grünen, FDP, Freien Wählern und DIE LINKE. zur Erweiterung und Ausbau der John-F.-Kennedy-Schule in Bad Vilbel.
3. DIE LINKE.: Antrag zum Vorschlag der Kreisspitze „Anpassung der Klimaschutzziele“.
4. Wahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.
5. Gemeinsame Stellungnahme von SPD, CDU, Grünen, FDP und Freie Wähler zum Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine.
Dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

RÜCKLICHT



Krieg darf niemals ein Mittel der Politik sein! Krieg nützt den Rüstungskonzernen aber keinesfalls der Mehrheit der Menschen. DIE LINKE. Wetterau hat sich an zahlreichen Kundgebungen gegen den Krieg in der Ukraine beteiligt. Es darf kein weiteres Anheizen der Situation geben. Dafür braucht es einen Waffenstillstand und Verhandlungen. Wer jetzt Waffenlieferungen oder sogar Atomwaffen für die Ukraine fordert, erhöht die Gefahr eines Weltkriegs.



Die Linke Hartz4-Hilfe wurde ausgezeichnet
Am 29. März erhielt der Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ den zweiten Preis der Stiftung Solidarität Frankfurt für seine ehrenamtliche Arbeit.



Aktion zum Internationalen Frauentag
Mit Musik und Flugblättern machte DIE LINKE. auf den Frauentag aufmerksam. Im Friedberger Barbaraviertel erregte die Aktion viel Aufmerksamkeit.



Am 22. März war Weltwassertag
DIE LINKE. Kreistagsfraktion informierte in Friedberg darüber, dass unsere Region immer trockener wird. 46 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Vogelsberg verbraucht Frankfurt jährlich. Der sorglose Umgang mit Grundwasser ist Wasserraubbau. Die Grundwasserreserven müssen geschützt werden.

Haushaltsdebatte im Kreistag

Sehr unterschiedlich fielen die Haushaltsreden der Kreistagsfraktionen aus. Die Koalition lobte ihren Haushalt natürlich. Dass es für beinahe alle Haushaltsbereiche eine 10-prozentige Haushaltssperre gibt, ging in der Debatte unter.

SPD-Fraktionsvorsitzende Jäger verwies auf Unwägbarkeiten, die durch Corona und Krieg entstanden seien. Sie präsentierte einige Initiativen der Koalition: Mehr Geld für Musikschulen, für Fahrten zu Gedenkstätten, für außerschulische Kinder- und Jugendprojekte und einen Fonds für Verhütungsmittel. Diese Initiativen wurden mit Mitteln zwischen 5.000 bis maximal 50.000 Euro ausgestattet. Bei einem Haushalt von rund 460 Millionen Euro sind das eher kleine Beträge. Das weitreichendste Projekt der Koalition ist das kostenfreie Schülerticket. Derzeit laufen Verhandlungen mit dem Land Hessen über eine Finanzierungsbeteiligung. Jäger versprach aber: Sollte das Land nicht mitfinanzieren wollen, werde der Wetteraukreis die Kosten tragen.

Die **Grünen** kritisierten, dass viel zu wenig für Nachhaltigkeit und das Klima getan werde. Dieser Haushalt verwalte nur, er gestalte nicht. Er sei nicht auf die Zukunft ausgerichtet. Beim Klimaschutz könne und müsse der Wetteraukreis viel mehr tun.

Etwas überheblich arbeitete sich die **FDP** an Formalia ab: Man hätte die Inflation mehr einpreisen müssen. Und die Kosten, die durch die Kriegsauswirkungen entstehen werden, kämen im Haushalt nicht vor. Sie forderten ein Sonderprogramm zur Besetzung offener Stellen, ohne zu sagen, was genau sie darunter verstehen.

Wie zu erwarten, stürzte sich die **AfD** auf den Umgang mit Corona. Die Maßnahmen hätten die Wirtschaft kaputt gemacht. Genauso, wie die unsinnigen Klimamaßnahmen und der Ausbau von erneuerbaren Energien. Jetzt kämen auch noch viel zu viele Flüchtlinge aus der Ukraine an, die gar keine Ukrainer seien. Das sei viel zu teuer. Auch die schulische Inklusion koste zu viel Geld und sei nicht gut für die Kinder.

Einziges Thema der **Freien Wähler** war die Kreisumlage. Minutiös versuchten sie nachzuweisen, dass diese Erhöhung gar nicht nötig gewesen sei.

Zuletzt wies der Redner der **CDU** jegliche Kritik der Opposition zurück. Die Koalition sei auf dem richtigen Weg und mache alles richtig.

DIE LINKE.: Haushaltsrede

Wir sind in unserer Haushaltsrede vor allem auf die Sozialpolitik eingegangen. Wenn in Deutschland gute 20 Prozent der Menschen arm oder von Armut bedroht sind, muss sich Kreispolitik mehr um die Armutsbekämpfung kümmern. Dazu gehört, dass die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft endlich mit ihrer Arbeit beginnen muss. Bezahlbarer Wohnraum ist das dringendste soziale Problem. Dann kommen die Preissteigerungen – besonders bei Energie und Mobilität. Wir haben eine Sozialchipkarte vorgeschlagen. Mit der OVAG und den Verkehrsbetrieben sollten Sozialtarife ausgehandelt werden.

Das waren unsere weiteren Themen:

Luftfilter für die Schulen, die repressive Arbeit der Unterhaltsvorschusskasse, fehlende Dolmetscher beim Jugendamt, eine Erweiterung der Aufnahmekapazitäten beim

Frauenhaus und das gänzliche Versagen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf Kreisebene. Damit Klimaschutzprojekte besser umgesetzt werden können, beantragten wir bis 2025 zehn neue Stellen. Dann kann sich der Kreis auch um die vielfältigen Fördermöglichkeiten kümmern, die es auf nationaler und EU-Ebene für Klimaschutzmaßnahmen gibt und die nur mit entsprechender Arbeitskraft angezapft werden können.

Unsere Rede im Wortlaut ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/1461-rede-zum-haushalt-2022-2023.html>

DIE LINKE.: Sechs Änderungsanträge zum Haushalt 2022/2023

Zur Haushaltssatzung haben wir sechs Änderungsanträge gestellt.

1. Aufstockung der Kapitaleinlage bei der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Jetzt muss die WoBau endlich starten!

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1460-haushalt-2022-2023-die-wobau-muss-endlich-starten-kapital-der-kreiseigenen-wobau-aufstocken.html>

2. Preissteigerungen bei Energie und Mobilität abfedern: Eine Sozialchipkarte für einkommensschwache Bürger:innen.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1459-haushalt-2022-2023-presisteigerungen-bei-energie-und-mobilit%C3%A4t-sozial-abfedern-eine-sozialchipkarte-f%C3%BCr-einkommensschwache-b%C3%BCrger-innen.html>

3. Aktionsplan Inklusion endlich umsetzen! Einen Inklusionsbeauftragten einstellen.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1458-haushalt-2022-2023-aktionsplan-inklusion-endlich-umsetzen.html>

4. Zehn Stellen für den Klimaschutz bis 2025. Sonst wird das nichts mit dem 1,5°C-Ziel.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1457-haushalt-2022-2023-zehn-stellen-f%C3%BCr-den-klimaschutz.html>

5. 600.000 Euro für die Erweiterung der Aufnahmekapazitäten des Frauenhauses.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1456-haushalt-2022-2023-600-000-euro-f%C3%BCr-die-erweiterung-der-aufnahmekapazit%C3%A4ten-des-frauenhauses.html>

6. Keine Verschiebung von Mitteln innerhalb des Sozialbudgets ohne Kreistagsbeschluss.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1455-keine-verschiebungen-von-mitteln-innerhalb-des-sozialbudgets-ohne-kreistagsbeschluss.html>

Die Änderungsanträge wurden allesamt abgelehnt.

Gemeinsamer Antrag von Grünen, FDP, Freien Wählern und DIE LINKE. zu Erweiterung und Ausbau der John-F.-Kennedy-Schule in Bad Vilbel

Gemeinsam wird die Einstellung von Mitteln in den Haushalt beantragt: für die Aufstockung der JFK und für einen barrierefreien Ausbau. Der Gesamtbedarf beträgt fünf Millionen Euro. Diese Baumaßnahmen wurden schon öfter angekündigt aber bisher ist nichts passiert. Das ist die Begründung für den Antrag:

Für die John-F.-Kennedy-Schule Bad Vilbel gibt es bis dato keine Lösung für den Raumbedarf. In der Antwort des Kreisausschusses im Rahmen der Haushaltsberatungen heißt es: „Haushaltstechnisch muss jeder Planansatz einer Schule fest zugeordnet werden. Die Planungen für diesen Ansatz wurden noch nicht abgeschlossen“ In den Investivansätzen der JFK stehen Nullen. Deshalb machen wir hier einen Vorschlag für die Möglichkeit einer kurzfristigen Lösung und den Beginn eines zügigen Ausbaus. Zur Begründung gehört auch, dass die Investitionsmittel für Haupt- und Realschulen im vorliegenden Haushaltsentwurf pro Schüler:in am allergeringsten sind.

Der Antrag wurde mit der Mehrheit der Koalition abgelehnt.

DIE LINKE.: Änderungsantrag zu „Anpassung der Klimaschutzziele des Wetteraukreises“

Der Kreis bereitet eine Anpassung seiner Klimaschutzziele an die Bundesgesetze vor. Unser Antrag zielt darauf, dieses unzureichende Bundes-Klimaschutzgesetz zu überbieten. Dazu schlagen wir eine deutliche Reduzierung der Treibhausemissionen in kreiseigenen Liegenschaften vor. Und wir wollen, dass dort auch die Wasserversorgung in Trinkwasser- und Brauchwasserleitungen getrennt wird.

Hier ist der Antrag zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1462-%C3%A4nderungsantrag-klimaschutzziele-voranbringen-nicht-hinterher-hinken.html>

Er wurde in den Ausschus für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft verwiesen.

Wahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses



DIE LINKE. hat mit den anderen Oppositionsparteien (außer den rechten) gemeinsam Kandidat:innen aufgestellt. Unsere Kandidatin Eva Kraft wurde in den Jugendhilfeausschuss gewählt. Ihre Stellvertreterin ist Konni Zapf. Der Jugendhilfeausschuss arbeitet nach den Bestimmungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) mit dem Jugendamt zusammen. Er ist gegenüber der Verwaltung des Jugendamts das übergeordnete Gremium, das in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe auch allein zuständig ist.

Änderungsantrag DIE LINKE. zum gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Grünen, FDP und Freien Wählern zum Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine

Der Antrag der Kreistagsparteien verurteilt den Krieg der Russischen Föderation als völkerrechtswidrig. Es wird er Abzug der Truppen aus der Ukraine gefordert und eine verbindliche schriftliche Erklärung der Russischen Föderation, dass die Souveränität der Ukraine zukünftig unangetastet bleibt und nicht in Frage gestellt wird.

DIE LINKE. hat einen ersetzenden Änderungsantrag gestellt.

Wir wollen nicht bei diesen Forderungen stehen bleiben. Denn in den letzten Wochen verbreitete sich in Deutschland fast unwidersprochen ein Klima des Militarismus und der Kriegstrunkenheit. Ein Aufrüstungsprogramm wurde beschlossen, dem alle Bundestagsparteien zugestimmt haben – bis auf DIE LINKE. Die Hochrüstung soll sogar im Grundgesetz festgeschrieben werden. Es werden Waffen in die Ukraine geliefert, es wird über Flugverbotszonen diskutiert und sogar der Ruf nach Atomwaffen ist zu vernehmen. Wir sehen die Gefahr der Eskalation. Ein Weltkrieg ist das Letzte, was Europa braucht.

Hier ist unser Antrag im Wortlaut zu lesen:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1454-%C3%A4nderungsantrag-zur-ukraine-resolution-der-kreistagsparteien-waffenstillstand-und-verhandlungen-statt-waffenlieferungen.html>

Unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Wir schicken voraus: Unsere Sympathie liegt aufseiten der angegriffenen Bevölkerung und absolut nicht aufseiten des Aggressors.

Krieg ist immer ein Verbrechen. Krieg darf niemals Mittel der Politik sein!

Dieser Krieg in der Ukraine darf jedoch auch kein Grund sein, für unvorstellbare Hochrüstungsprogramme, für einen Wirtschaftskrieg und einen neuen eisernen Vorhang.

Wer Frieden will darf nicht den Krieg vorbereiten. Man muss den Frieden vorbereiten.

Die Grundsätze der KSZE-Schlußakte und des Völkerrechts setzen Diplomatie voraus.

Sie setzen voraus, dass die Sicherheitsinteressen der kriegsführenden Parteien ernst genommen werden. Dass von den beteiligten Staaten ein Waffenstillstand verlangt wird bis Verhandlungen zu einem Ergebnis führen.

Immerhin war mit dem Minsker Abkommen schon einmal eine gemeinsame Grundlage geschaffen worden. Aber es gehört leider auch zur Wahrheit, dass die Ukraine das Abkommen nicht eingehalten hat. So wie es zur Wahrheit gehört, dass die Russische Föderation einen Angriffskrieg führt.

Trotz alledem: Das wichtigste ist, dass die Waffen schweigen.

Wir wollen, dass die deutsche Außenpolitik dazu beiträgt. Wir denken, deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik sein. Immer. Und konsequent. Das ist die Lehre aus unserer Geschichte. Deshalb stellen wir uns gegen Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet. Jede Waffe verlängert den Krieg und verlängert das Leid der Menschen.

Deshalb sind wir für Diplomatie und wollen, dass wirklich alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, diesen Krieg zu beenden.

Wir bleiben dabei, dass friedliche Koexistenz der Grundpfeiler ist, wie unterschiedliche Staaten miteinander umgehen sollten.

Noch nie wurde mit Krieg, mit Aufrüstung und Wirtschaftskrieg Frieden erreicht.

Wir sehen deshalb auch den Abbruch aller Verbindungen zu Russland kritisch. Ein eiserner Vorhang erschwert diplomatische Annäherung und führt eher zur Verhärtung der Fronten.

Erinnern Sie sich daran, wie der Kalte Krieg beendet worden ist:

Es waren Kontakte, mit denen langsam Vertrauen aufgebaut wurde. Politische und wirtschaftliche Kontakte sowie wissenschaftliche und kulturelle Kooperationen.

Jetzt werden alle Kontakte abgebrochen. Selbst russische Künstler:innen werden entlassen, russisch-stämmige Mitbürger gemobbt und man diskutiert darüber, ob man noch russische Literatur lesen könne.

Jetzt wurde vom Kanzler eine „Zeitenwende“ ausgerufen. Innerhalb weniger Tage ist unser Land in einen Aufrüstungstaukel abgedreht.

Jetzt werden Unsummen für Rüstung locker gemacht. Wo zuvor kein Geld da war fürs Gesundheits- oder Bildungswesen, für einen klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft und der Infrastruktur oder für die Armutsbekämpfung – jetzt gibt es 2 Prozent vom BIP und ein Sonderprogramm von 100 Milliarden. Was zukünftig immerhin an die 80 Milliarden jährlich für Rüstung bedeutet und womit die deutschen Militärausgaben weit über denen Russlands liegen werden.

Und damit ja keine zukünftige Friedensbewegung diese Zeitenwende wieder ins Wanken bringt, soll die Hochrüstung im Grundgesetz verankert werden.

Professor Welzer fragt im Stern: „Warum geht so etwas – ohne Debatte, ohne Konflikte, sogar ohne Bedenkenräger? Weil die Story so gut ist. Hier ist ein Krieg, zu dem man sich ohne jede Differenzierung verhalten kann – glasklar aufgeteilt in unendlich viele Gute und den einen Bösen.“

Leider ist weder dieser Krieg noch das Beziehungsgeflecht der globalisierten Menschheit derart einfach.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreitag/post-aus-dem-kreitag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber